

## **Arbeit, Soziales, Daseinsfürsorge- Investitionen in Hamburgs BürgerInnen für eine soziale Zukunft**

Der Landesparteitag möge zur Berücksichtigung im Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl 2020 beschließen:

Um in die Lebensqualität der HamburgerInnen für die Zukunft zu investieren, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu stärken und die zu fördern, die unsere Unterstützung brauchen, gilt es, verstärkt Maßnahmen für die arbeitenden Menschen in unserer Stadt, bedürftige Menschen und alte Menschen auf den Weg zu bringen.

Wir fordern deshalb:

-Die Erhöhung des Mindestlohnes auf 15€ -

-Die **Job Center** müssen für die persönliche Erreichbarkeit gestärkt werden. Dazu gehört eine kostenlose Hotline, ein Umzugsmoratorium und es ist eine Ombudsstelle für strittige Fragen einzurichten.

-Für die Klärung von Fragen bei durchgeführten **Stromsperren** ist ebenfalls eine Clearingstelle einzurichten.

- Das **Winternotprogramm** für bedürftige Menschen ist ganztägig zu öffnen und das Angebot auszubauen.

- Bei Fördern und Wohnen (AöR) ist der Rechtsanspruch auf Einzelzimmer zu verankern.

- Um der demografischen Entwicklung in unserer Stadt gerecht werden zu können, ist die **offene Seniorenarbeit** weiter auszubauen. Dazu gehört die Erhöhung der Beschäftigten in öffentlichen und privaten Einrichtungen.

- Der Ärzte-Appell an die Bundesregierung: „Gegen das Diktat der Ökonomie in unseren Krankenhäusern“ macht auf dramatische Art und Weise deutlich, welche Folgen die reine Ökonomisierung einer wichtigen Daseinsvorsorge für die BürgerInnen hat. Das Menschenrecht der BürgerInnen auf **Gesundheitsfürsorge** ist durch die **Rekommunalisierung** von Krankenhäusern und Pflegeheimen, sowie sämtlichen neuen Pflegeeinrichtungen und KKHs sicher zu stellen.

- Hamburg hat den Anspruch, die kinderfreundlichste Stadt Deutschlands zu werden. Das setzt voraus, dass eine umfassende **Kinderbetreuung** gewährleistet wird. Voraussetzung dafür ist die **kostenlose Ganztagsbetreuung in Kindertageseinrichtungen**.

Als eine wesentliche Maßnahme gegen Armut und Ausgrenzung ist ein **Armuts- und Reichtums Bericht mit sozialräumlicher Betrachtung alle 2 Jahre** zu erstellen.